Der Diskursprozess der Nachhaltigkeitsstrategie

Es darf ein bisschen mehr sein!

Der staatlich initiierte Diskurs über den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Von einem angemessenen partizipativem Verfahren ist er noch weit entfernt.

Von Annette Volkens

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie und der Veröffentlichung des ersten Fortschrittsberichts 2004 hat die Bundesregierung Neuland betreten: Im Gegensatz zu anderen Entscheidungen wurde ein Programm erarbeitet, das als politischer aber auch gesellschaftlicher Handlungsleitfaden einem eher abstraktem Ziel dient. Bei der Entwicklung und Fortschreibung wurde unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen Raum für Mitwirkung und Gestaltung eröffnet.
So hat sich das Bundesumweltministerium bemüht, durch verschiedene Veranstaltungen ein breiteres Publikum zu erreichen und fördert ein Projekt dreier Umweltverbände zu Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Der Staatssekretärsausschuss lud ausgewählte Verbände zum Dialog ein, Beteiligte und Ergebnisse blieben jedoch für Außenstehende unklar. Die Entwürfe von Strategie und Fortschrittsbericht wurden immerhin im Internet zur Kommentierung eingestellt. Ergänzt wurde der Partizipationsprozess durch Internetchats. Nicht zuletzt förderte der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Kommunikation mit der Gesellschaft durch Jahrestagungen, Wettbewerbe für verschiedene Zielgruppen, unterschiedliche Projekte und den Diskurs Nachhaltigkeit und Gesellschaft.

▶ Zwei große Mankos

Ein auf allen Ebenen erfolgreicher Prozess hätte vor allem zwei Erfolgskriterien erfüllt: Zum einen wäre das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung mit seinen Bestandteilen und Facetten in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Zum anderen hätten alle Akteure, also Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Politik aber auch die Medien, Ansatzpunkte für ein gemeinsames wie individuelles Handeln erkannt. Kurz: Nachhaltigkeit verleitet die Akteure im Idealfall zum konkreten und gemeinsamen Handeln. Tatsächlich dient der Begriff oft als Worthülse oder wird unsinnig genutzt.
Die jährliche Studie zum Umweltbewusstsein, nach der der Bekanntheitsgrad des Leitbildes Nachhaltigkeit von 28 Prozent im Jahr 2002 auf 22 Prozent im Jahr 2004 gesunken ist, zeigt die geringe Durchschlagskraft der Nachhaltigkeitsstrategie. Stattdessen ist „Geiz ist geil" in aller Munde und Handelsketten fordern zum nichtnachhaltigen, kurzlebigen Konsum auf. Schneller, höher, weiter oder: billiger ist mehr.

Gleichzeitig lässt sich Nachhaltigkeit nicht als roter Faden der Regierungspolitik erkennen, wenngleich die Agenda 2010 als nachhaltig deklariert und im Gegensatz zur Nachhaltigkeitsstrategie mit Postwurfsendungen und Anzeigenkampagnen beworben wird. Auch im Rentensystem löst der Nachhaltigkeitsfaktor den demographischen Faktor ab. Doch ein Zusammenspiel der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Sozialem ist hier nicht zu erkennen.
Partizipation und Information sollen im Sinne der Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Wer Informationen über das Leitbild nachhaltiger Entwicklung besitzt und wem Möglichkeiten zur Beteiligung bekannt sind, kann partizipieren und eigene Ideen einbringen. Wer davon ausgehen kann, dass die Beteiligung auch Wirkung zeigt, ist bereit sich Informationen anzueignen. Die Bundesregierung hat diesen Zusammenhang bisher kaum wahrgenommen, obgleich ihr bewusst sein müsste, dass das Konzept sich nicht von allein umsetzt oder allein durch den Staat umzusetzen ist. Gleichwohl setzt sie immer stärker auf die Eigenverantwortung nicht-staatlicher Akteure. Dies entlässt sie jedoch nicht aus der Verantwortung, den Akteuren Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und einen entsprechenden Rahmen zu schaffen.
Die bisher beschrittenen Wege zur Partizipation, die trotz aller Kritik ein Fortschritt gegenüber bisherigen Entscheidungsmodellen sind, besitzen ein weiteres Manko, das die Ernsthaftigkeit der Bemühungen im trüben Licht erscheinen lässt. Viele Stellungnahmen und Vorschläge haben keinen Eingang in die Strategie gefunden. Deutlich wird dies etwa am Beispiel des Handlungsfeldes nachhaltige Lebensstile und Konsummuster, dessen Einbezug von den Umweltverbänden wie auch vom Rat für Nachhaltige Entwicklung angeregt wurde.
Wenn Partizipationsmöglichkeiten wahrgenommen werden sollen, so müssen Ideen auch aufgenommen werden und dürfen nicht in der Ablage verstauben. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des Fortschrittsberichts ohne umfassende und damit nachvollziehbare Beschreibung jedoch im eher globalen Kontext darauf beschränkt, die Kritik von unterschiedlichen Seiten als Bestätigung für den richtigen Weg anzunehmen. Diese Wahrnehmung zeugt zumindest in der Öffentlichkeit nicht von einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den eingegangenen Vorschlägen und geäußerten Kritikpunkten.

▶ Neuer Bericht – neue Chance

Der Umsetzungsprozess nachhaltiger Entwicklung steckt kaum drei Jahre nach Veröffentlichung der Strategie noch in den Kinderschuhen, so dass aus den Erfahrungen gelernt werden kann und muss. Die Erarbeitung des zweiten Fortschrittsberichts steht an. Es besteht die Chance, den bisherigen Partizipationsprozess zu überdenken und an neuen, vor allen erweiterten und transparenteren Formen der Beteiligung zu arbeiten. Hierzu gehört die Einbindung einer breiteren gesellschaftlichen Basis als bisher.
Sicher kann nicht jede Bürgerin und jeder Bürger bei allen Entscheidungen einbezogen werden. Doch gibt es weit mehr interessierte Verbände, Netzwerke und andere Institutionen als bisher aktiv beteiligt wurden, eine deutliche Anbindung an die Prozesse der Lokalen Agenda 21 kann weitere Akteure ins Boot holen. Zudem kann die Wissenschaft stärker eingebunden und ihr Potenzial zur Evaluation genutzt werden. Die Bundesregierung muss zur breiteren Streuung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung stärker als bisher die Initiative ergreifen und so den Willen zum Einsatz eines echten Dialogprozesses durch stärkere Partizipation der Gesellschaft verdeutlichen.

Die Autorin
Annette Volkens ist stellvertretende Vorsitzende im ehrenamtlichen Vorstand der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (VÖW).
Kontakt: annette.volkens@voew.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.